Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2004**
16. Wahlperiode 28. 06. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Götz, Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Klaus W. Lippold, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Petra Weis, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/1890 –

Stadtentwicklung ist moderne Struktur- und Wirtschaftspolitik

A. Problem

Demografischer Wandel und Strukturwandel stellen die Stadtentwicklungspolitik vor neue Herausforderungen. Es gilt einerseits die Folgen zu beherrschen und andererseits Perspektiven für neue wirtschaftliche und innovative Aktivitäten auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen in den Städten zu entwickeln.

B. Lösung

Unter anderem Einbringung von Lösungen für eine nachhaltige, integrative Stadtentwicklung als Beitrag für die Lissabon-Agenda, Berücksichtigung der Funktion einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Sinne der Lissabon-Strategie in dem deutschen Nationalen Strategischen Rahmenplan als Querschnittsaufgabe, Nutzung der in den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vorgesehenen Fördermöglichkeiten, Vereinfachung und Beschleunigung des Bau- und Planungsrechts, bessere Ausschöpfung der Flächenpotentiale, Entwicklung innovativer Modellvorhaben für den familien- und altengerechten Umbau von Stadtquartieren und städtischer Infrastruktur, bessere Bündelung anderer Fördermöglichkeiten mit stadträumlichem Bezug mit den Programmen der Städtebauförderung, Erprobung von Modellen, wie arbeitsmarktpolitische Leistungen in Entwicklungsstrategien für Stadtquartiere integriert werden können, Stärkung der zentralen Versorgungsbereiche der Städte und Gemeinden und Entwicklung neuer Konzepte zur stadtverträglichen Mobilität.

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 16/1890 – anzunehmen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold	**Joachim Günther (Plauen)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Joachim Günther (Plauen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/1890** in seiner 40. Sitzung am 22. Juni 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Feststellung, dass demografischer Wandel und Strukturwandel die Stadtentwicklungspolitik vor neue Herausforderungen stellen. Mit dem Antrag wird unter anderem vorgeschlagen, die Einbringung von Lösungen für eine nachhaltige, integrative Stadtentwicklung als Beitrag für die Lissabon-Agenda, die Berücksichtigung der Funktion einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Sinne der Lissabon-Strategie in dem deutschen Nationalen Strategischen Rahmenplan als Querschnittsaufgabe, die Nutzung der in den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vorgesehenen Fördermöglichkeiten, die Vereinfachung und Beschleunigung des Bau- und Planungsrechts, die bessere Ausschöpfung der Flächenpotentiale, Entwicklung innovativer Modellvorhaben für den familien- und altengerechten Umbau von Stadtquartieren und städtischer Infrastruktur, die bessere Bündelung anderer Fördermöglichkeiten mit stadträumlichem Bezug mit den Programmen der Städtebauförderung, die Erprobung von Modellen, wie arbeitsmarktpolitische Leistungen in Entwicklungsstrategien für Stadtquartiere integriert werden können, die Stärkung der zentralen Versorgungsbereiche der Städte und Gemeinden und die Entwicklung neuer Konzepte zur stadtverträglichen Mobilität.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 15. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 21. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 22. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 19. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/1890 in seiner 19. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, Stadtentwicklung sei immer ein dynamischer Prozess gewesen und werde es auch immer sein. Die Politik müsse hier für geeignete Rahmenbedingungen sorgen. Einer der Hintergründe des Antrags sei es, dass die EU-Förderperiode ab 2007 neu definiert werde und die Länder im Augenblick ihre Förderprogramme formulierten. Im Hinblick auf die Lissabon-Strategie sei es besonders wichtig, dass der Antrag die Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung aufgreife. Man müsse sich in Zukunft auch mit der Frage befassen, wie der großen Differenziertheit innerhalb Deutschlands Rechnung getragen werden

könne. Der Bundesgesetzgeber werde hier keine allgemeinen Vorgaben für Stadtentwicklung machen können und solle dies auch nicht beanspruchen. Sie begrüßte, dass es in den Zielen große Übereinstimmung gebe.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, der Antrag sei in seiner Zielrichtung richtig. Sie sehe auch keinen wirklichen Dissens in der Frage, ob Stadtentwicklung ein permanenter Prozess sei. Man müsse aber akzeptieren, dass der demografische Wandel die Handelnden vor Ort vor ganz besondere Herausforderungen stelle. Wo man hier durch die Setzung von Rahmenbedingungen oder Förderprogramme unterstützen könne, solle man dies tun. Sie begrüße die breite Unterstützung, die der Antrag finde.

Die **Fraktion der FDP** betonte, der Antrag sei zeitgemäß und enthalte gute Ansätze, wie etwa die Forderung, das Bau- und Planungsrecht zu erleichtern. Sie halte die Kerngedanken in dem Antrag für richtig; auch sie wolle die Städte weiter stärken. Deshalb werde sie dem Antrag zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekundete, auch sie stimme dem Antrag im Wesentlichen zu. Sie sehe aber die Stadtentwicklung nicht als eine permanente Aufgabe an, die sich nur aus dem demografischen Wandel oder geänderten konkreten Bedingungen ergebe, sondern sie sehe die Stadtentwicklung generell als einen permanenten Prozess an, in dem sich die Städte zu jeder Zeit den geänderten Rahmenbedingungen der Gesellschaft anzupassen gehabt hätten und auch zukünftig anzupassen hätten. Für die Aufgaben, die der Antrag den Kommunen zumesse, müsse auch die finanzielle Grundlage vorhanden sein. Der Antrag berücksichtige zu wenig die Probleme Ostdeutschlands, wie etwa in der Frage der Altschuldenhilfe. Auch auf die Frage der barrierefreien Stadt gehe der Antrag nicht ein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** warf die Frage nach dem konkreten Anlass für den Antrag auf. In der Sache gebe es wenig Dissens und in der Vergangenheit habe man sich – anders als im vorliegenden Fall – auch bemüht, bei solchen Anträgen auch die Oppositionsfraktionen mit einzubeziehen. Eine Reihe von Vorschlägen in dem Antrag seien gut und unterstützenswert. Es gebe aber auch Defizite. So fehlten Konzepte zur Kinderfreundlichkeit und zur gesunden Stadtentwicklung. Der demografische Wandel werde in dem Antrag noch nicht weit genug berücksichtigt. Auch zur Frage des Flächenverbrauchs fehlten konkrete Konzepte. Daher werde man sich der Stimme enthalten.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1890.

Berlin, den 28. Juni 2006

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333